bnr.de
blick nach rechts

22. Jahrgang | 25/26 | 12. Dezember 2005

Rechte Szene 2

Anlaufstelle "Niebuhrs Saal"
In Heiligenfelde in Niedersachsen hat sich ein Neonazi-Treffpunkt für Musik- und Schulungsveranstaltungen etabliert. Der Mietvertrag mit dem Pächter läuft noch bis nächsten Herbst.

Gerangel am rechten Rand
Zur Landtagswahl im März wollen sich die DVU, die Republikaner und ein „Bündnis Offensive für Sachsen-Anhalt“ bewerben.

Die "Geburtstagsmasche"
In der Oberpfalz werden zunehmend Rechtsrock-Konzerte geplant. Als treibende Kraft gilt ein Aktivist der Kameradschaft „Weiße Wölfe“ – deren personelle Schnittmenge mit der NPD ist offenkundig.

Eng vernetzte Szene
Fränkische Neonazis haben Verbindungen zu Unterstützern der „Schulhof CD“. Auf Anhänger der „White Rebell’s“ wartet gut ein Dutzend Gerichtsverfahren.

Sturmangriff
NPD-Ordner wegen Gewalttätigkeit verurteilt – gegen weitere Parteifunktionäre ist Anklage erhoben.

„An allen Ecken und Enden geprügelt“

Maulkörbe
Streit bei niedersächsischer NPD und Neonazis.

An Profil verloren
Die Jungen Nationaldemokraten wollen wieder für „Aktivismus und Kreativität“ stehen.

Strategische Trittbrettfahrer
Rechtsextremisten nutzen die soziale Frage als Agitationsfeld. Durch das Thematisieren von politischen Gegenwartsproblemen soll verstärkt in die Öffentlichkeit hinein gewirkt werden.

Ausland 10

Alltäglicher Straßenterror
In Russland eskalieren die rechtsextremen Gewalttaten – immer wieder werden Menschen ermordet oder brutal zusammengeschlagen.

Demokratische Initiativen 11

Elf Lebensstationen
Die Irrfahrten des Schriftstellers Edgar Hilsenrath.

Erfolgreiche Aussteigerhilfe
Die Initiative „Exit“ hat fünfjähriges Jubiläum – aber zu wenig Geld.

Blick in die Zeitgeschichte 13

Die Zuchtanstalt der Nazis
Vor 70 Jahren wurde im Rasse- und Siedlungshauptamt der SS „Lebensborn“ gegründet. Das Programm sollte dem Deutschen Reich Nachwuchs bescheren, um die Welt zu beherrschen.

Meldungen 15

Rechte Szene

Anlaufstelle "Niebuhrs Saal"

In Heiligenfelde in Niedersachsen hat sich ein Neonazi-Treffpunkt für Musik- und Schulungsveranstaltungen etabliert. Der Mietvertrag mit dem Pächter läuft noch bis nächsten Herbst.

„Niebuhrs Saal“ in Heiligenfelde im Landkreis Diepholz ist inzwischen zu einer festen Institution für Neonazis geworden. Nicht nur die Landesverbände der NPD in Niedersachsen und Bremen greifen auf die gepachtete Räumlichkeit zurück, auch Kameradschaften aus dem Bereich Stuhr und Syke sowie Händler wie Lutz Henze (Heimdall-Versand, Bremen) und Robert Warnecke (Gamers-tech, Syke). Seit im März dieses Jahres das erste Bremer Kameradschaftstreffen dort stattfand, folgten ein NPD-Landesparteitag im Juni, ein Sonderparteitag zur Bundestagswahl im Juli und diverse Musikveranstaltungen wie am ersten Samstag im Dezember mit etwa 50 jugendlichen Besuchern.

Immer mehr Jugendliche aus der ländlichen Umgebung besuchen die angeblichen Privatpartys

Der Bremer Eigentümer hat den Saal noch bis August 2006 an Enno Lienemann aus Zetel verpachtet. Lienemann hat keine Probleme mit rechtsextremen Untermietern, immerhin warb er direkt in der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“. Da der Saal nicht konzessioniert ist, dürfen dort nach dem Gewerberecht nur private Veranstaltungen stattfinden. Als der ehemalige Anführer der Kameradschaft Weser-Ems, Robert Warnecke am 8. Oktober diesen Jahres Eintritt kassieren ließ und einen Verkaufsstand aufbaute, verbot die Stadt Syke die Feier kurzerhand und setzte die Order mit einer Hundertschaft Polizei unmissverständlich durch. Bei den darauffolgenden Musikveranstaltungen Anfang November und Dezember ging Warnecke schlauer vor, ein gewerblicher Charakter war für die Beamten nicht erkennbar. „Die haben sicher einen Dreh ranbekommen und tricksen rum“, vermutet man in Sicherheitskreisen, aber so lange es nicht nachweisbar sei, könne nichts dagegen unternommen werden. So schleppte Warnecke auch diesmal Stapel von Kartons in den Saal, in denen sich aber, nach Polizeiangaben, nur Teile der Musikanlage und CDs befunden haben sollen.

Weil Heiligenfelde auch als Ausweichort für ein unterbundenes Neonazi-Konzert im Raum Hildesheim in Frage kam, hatte die Polizei an diesem Abend am 3. Dezember eine Hundertschaft aus Braunschweig aufgefahren. Protest gibt es keinen mehr, weder im Dorf noch in der nahen Kreisstadt Syke. Nur Mitglieder des entfernten Bündnisses gegen Rechts Diepholz/Barnstorf beobachten seit Monaten die rechtsextremen Entwicklungen. Diesmal wurden sie von jungen Neonazis als „Judenschweine“ und „Kinderficker“ beschimpft. Wie Neonazi-Händler Warnecke seine angeblichen Privatpartys jeden Monat finanziert, bleibt offen – und seine Feier ungestört.

Auch der vorbestrafte ehemalige Bremer Kameradschaftsanführer Markus Privenau nutzt verstärkt den Raum in Heiligenfelde für die Rekrutierung neuer junger Anhänger im Raum Diepholz. Tatsächlich besuchen immer mehr Jugendliche aus der ländlichen Umgebung die rechtsextremen Veranstaltungen in „Niebuhrs Saal“ in Heiligenfelde.

Für den Präventionsrat der Stadt Syke sind die braunen Umtriebe allerdings bisher „kein Thema“. Zuletzt im Sommer dieses Jahres hatte der Bürgermeister an einer Demonstration des Diepholzer Bündnisses teilgenommen und „Nazis raus aus Syke“ gefordert. Seitdem ist nichts geschehen. Informationsveranstaltungen gab es keine, ein angekündigtes Bündnis gegen Rechts blieb bisher Fiktion.

Kritiker sprechen von einer lokalen „Verharmlosung“. Die Stadtverwaltung Syke setzt dagegen, man habe inzwischen einen Vertrag mit dem Eigentümer abgeschlossen, der besagt, dass „Niebuhrs Saal“ bis zum 15. September 2006 dem Erdboden gleichgemacht und Platz für Neubauten geschaffen werden solle. Aber bis dahin läuft der Pachtvertrag mit Lienemann noch – acht Monate, und damit viel Zeit für weitere Neonazi-Veranstaltungen.

Andrea Röpke

Gerangel am rechten Rand

Zur Landtagswahl im März wollen sich die DVU, die Republikaner und ein „Bündnis Offensive für Sachsen-Anhalt" bewerben.

Die DVU bevorzugt nach wie vor Entscheidungen hinter verschlossenen Türen. Bereits am 3. Oktober, so berichtete die „Mitteldeutsche Zeitung", stellte sie bei einem geheim gehaltenen Landesparteitag in Calbe an der Saale ihre Liste für die Landtagswahl am 26. März 2006 in Sachsen-Anhalt auf. Mit von der Partie sind auch Kandidaten der NPD, die – wie im „Deutschland-Pakt" verabredet – auf einen eigenen Wahlantritt verzichtet. Spitzenkandidat ist der DVU-Landesvorsitzende Ingmar Knop (30). Jeder vierte Platz auf der Liste wird von der NPD besetzt. Als Listenvierter tritt deren Landeschef Andreas Karl an. Auf den Plätzen 8 und 12 folgen die Landesvize Andreas Kittner aus Magdeburg und Steffen Hartmann aus Sangerhausen, der als NPD-Landesgeschäftsführer fungiert.

Bei der Bundestagswahl im September erzielten die Rechtsextremisten – damals trat die NPD an – in Sachsen-Anhalt mit 2,5 Prozent ihr schwächstes Ergebnis in einem ostdeutschen Bundesland. Den DVU-Landesvorsitzenden Knop ficht das nicht an. „Das Bundestagswahlergebnis ist eine optimale Ausgangsbasis für die Landtagswahl. Wir werden mit einer starken Fraktion in den Landtag einziehen", erklärte der Jurist, „Deutsche-Stimme"- und „National-Zeitungs"-Autor.

Helfen will dabei DVU-Chef Gerhard Frey. Nach Angaben des sachsen-anhaltinischen Verfassungsschutzes will er sich den Wahlkampf erneut wie 1998 rund 1,5 Millionen Euro kosten lassen. Damals gelang es ihm dank des enormen Materialeinsatzes, mit 12,9 Prozent der Stimmen 16 Abgeordnete in den Magdeburger Landtag zu schleusen. Doch die Fraktion verbreitete keinen Glanz, fiel nur durch Streitereien, Abspaltungen und krumme Touren auf, die von der Justiz bis in diese Tage hinein aufgearbeitet werden müssen.

Für eine Wiederholung des 98er Erfolgs soll nun neben dem Geld der DVU das Fußvolk der NPD sorgen. Auf dieses Fußvolk ist die DVU auch angewiesen. Der Verfassungsschutz des Landes attestierte ihr in seinem letzten Jahresbericht für 2004, die Arbeit des Landesverbandes habe sich „allein auf die Durchführung so genannter politischer Stammtische beschränkt". Weniger als 50 aktive Mitglieder zähle die DVU in Sachsen-Anhalt. Die NPD hingegen verfügt über mehr als die vierfache Zahl und zumindest über einige funktionierende Kreisverbände vor allem im Süden des Landes.

Erwartet werden darf der übliche rechtspopulistische Wahlkampf. Knop gibt auf einem Flugblatt die Richtung vor, wenn er fordert, „dass das Hereinkommen von Billiglöhnern aus dem Ausland, die uns hier in Sachsen-Anhalt Arbeitsplätze wegnehmen, endlich gestoppt wird". Sprüche wie „Deutsche Arbeitsplätze zuerst für Deutsche", „Deutsches Geld muss zuerst für deutsche Aufgaben eingesetzt werden" oder „Besser wäre es, wir hätten wieder die D-Mark", dürfen nicht fehlen.

Im Schatten des DVU-NPD-Bündnisses formiert sich eine zweite Rechts-Formation. Einem Bericht der Schill-Nachfolgepartei Offensive D zufolge, wollen die Statt-Partei, die Zentrumspartei, die DSU und die Offensive D eine „Listenvereinigung" mit dem Namen „Bündnis Offensive für Sachsen-Anhalt" bilden. Am 10. Dezember sollten deren Kandidaten nominiert werden.

Konkurrenz auf der Rechten wollen diesen beiden Formationen die Republikaner mit ihren amtlich weniger als 100 Mitgliedern machen. Ihr Landesvorsitzender Peter Walde – erst am 20. November im Amt bestätigt – tritt als Spitzenkandidat an. Sie bemühen sich um klare Abgrenzung zu DVU und NPD. Die DVU titulieren sie als „Marionettenclique des Münchner Multimillionärs Frey, die schon 1998 gezeigt hat welche Versager sie sind". Und auch die NPD bekommt einen Seitenhieb ab: „Die Republikaner würden nicht im Traum daran denken wie andere Parteien ihre Druckaufträge ins Ausland zu vergeben, wie CDU/SPD/NPD oder welche Parteien auch immer, um dann scheinheilig Arbeitsplätze in Deutschland zu fordern."

Welche dieser Gruppierungen am 26. März nächsten Jahres auf dem Stimmzettel stehen werden, dürfte sich Anfang Februar herausstellen: Bis dahin müssen sie die erforderlichen Unterstützungsunterschriften beigebracht haben.

Tomas Sager

Die "Geburtstagsmasche"

In der Oberpfalz werden zunehmend Rechtsrock-Konzerte geplant. Als treibende Kraft gilt ein Aktivist der Kameradschaft „Weiße Wölfe" – deren personelle Schnittmenge mit der NPD ist offenkundig.

Aktivitäten aus der rechtsextremen Ecke gibt es in Wunsiedel und Umgebung nicht nur jedes Jahr rund um den Todestag von Rudolf Heß im August zu beobachten. Mit konspirativ organisierten Konzerten soll die Neonaziszene auch über die anderen Monate „versorgt" werden. Dabei wirken offensichtlich überregionale Strukturen mit lokalen zusammen, wie sich jetzt aktuell zeigte. Der Staatsschutz stellte auf einer Tagung Ende November fest, dass rund um Weiden in der Oberpfalz eine verfestigte Kameradschaft namens „Weiße Wölfe" existiert, die auch noch in der Region Cham/Roding aktiv ist.

Offenkundig ist eine personelle Schnittmenge mit der NPD, für die die „Weißen Wölfe" bei Aufmärschen Ordnerdienste erledigen. Aufgefallen sind Aktivisten zuletzt mit Schmierereien von Davidsternen. Als eine treibende Kraft bei den „Weißen Wölfen" hat sich Patrick Schröder aus Mantel herauskristallisiert. Er ist auch Mitglied der Jungen Nationaldemokraten, der NPD-Jugendorganisation. Der 22-Jährige mit langem blonden Zopf war beispielsweise dieses Jahr dabei, als zum 60. Todestag des 1945 hingerichteten Geistlichen Dietrich Bonhoeffer am 9. April im ehemaligen KZ Flossenbürg NPD-Flugblätter verteilt wurden.

Nachwuchsbands aus der Umgebung angekündigt

Im Januar hatte Schröder sich konspirativ die Räumlichkeiten des Jugendzentrums Weiden für ein Rechtsrock-Konzert erschleichen wollen. Der Schwindel flog noch rechtzeitig auf, sodass der zuständige Stadtjugendring von seinem bereits mit Schröder geschlossenen Nutzungsvertrag zurücktrat. Statt angekündigter Nachwuchsbands aus der Umgebung standen Gruppen wie „Frontalkraft" (Spremberg), „Confident Of Victory" (Senftenberg) und „Blutstahl" (Pirna) auf der Playlist. Einen Monat später spielten die Rechtsrocker dann aber doch auf – auf einer so genannten Geburtstagsfeier in einer Erbendorfer Gaststätte.

Für die Absage des Januartermins durch den Stadtjugendring Weiden zog Patrick Schröder Ende November sogar vor das Landgericht, um eine Konventionalstrafe in Höhe von 1000 Euro einzuklagen. Doch die Klage wurde nach nur gerade einmal fünfminütiger Verhandlung abgewiesen. Schröder, adrett gekleidet in Anzug und Krawatte, kündigte Berufung an. Da die Hintermänner des Rechtsrock-Konzertes in der örtlichen Presse als „Nazis" tituliert wurden, erstattete der Rechtsextremist erneut Anzeige – diesmal wegen angeblicher Beleidigung.

Unter dem Motto „Laut für Deutschland" aufspielen

Ob Schröder auch bei einem Liedermacherabend Ende Oktober in Wunsiedel mit dem rechtsextremen Barden Michael Müller (Regensburg) seine Finger im Spiel hatte, ist nicht bekannt. Letzterer klampfte übrigens bereits 2002 zum Heß-Gedenkmarsch der Neonazis in Wunsiedel. Diesmal war die Kneipe „Lokalbahn" am Busbahnhof der Ort seines Auftritts. Dort hat die „Freie Kameradschaft Wunsiedel" ihren regelmäßigen Anlaufpunkt. Und auch zu der von Jürgen Rieger angemeldeten Wahlkampf-Minidemonstration der NPD am 4. September dieses Jahres in Wunsiedel diente die „Lokalbahn" als Anlaufstelle der rechten Szene, Rieger inbegriffen.

Für eine Rechtsrock-Feier am 19. November hatte Patrick Schröder dann aber schon wieder vor Ort mit der „Geburtstagsmasche" bei einem Wirt vorgesprochen – vergeblich. Diesmal sollten die Gruppen „Nordfront „(Niedersachsen), „Terroritorium", erneut „Blutstahl", „Hauptkampflinie „(Kassel) und eine „Überraschungsband" unter dem Motto „Laut für Deutschland" aufspielen, wie die „Macher" vom „H8-Store" aus Wismar kund taten. In diesem Fall wurde die Polizei informiert, die für die gesamte Region eine Warnung aussprach und so das Konzert verhinderte.

Horst Freires

Eng vernetzte Szene

Fränkische Neonazis haben Verbindungen zu Unterstützern der „Schulhof CD". Auf Anhänger der „White Rebell's" wartet gut ein Dutzend Gerichtsverfahren.

Seit ihrer Gründung 2002 sorgten die Anhänger der Kameradschaft „White Rebell's Franken" in Lohr und Umgebung für eine Reihe von gewalttätigen Übergriffen. Auseinandersetzungen mit russlanddeutschen Jugendlichen und Hip Hoppern gehörten fast schon zum Alltag in der nordbayerischen Stadt, als im März dieses Jahres die Situation eskalierte und das Jugendzentrum von Neonazis angegriffen wurde. Dabei wurde eine junge Frau verletzt.

Im September folgte der erste Prozess gegen einen der rechtsextremen Schläger aus dem Umfeld der „White Rebell's. Der 17-jährige Angeklagte, der sich wegen mehrfacher Körperverletzung vor dem Amtsgericht in Würzburg verantworten musste, wurde zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und acht Monaten verurteilt.

Als Anführer der Lohrer Kameradschaft gilt Matthias Bauerfeind. Er gehörte früher zum Umfeld der „Kameradschaft Süd" um Martin Wiese in München, dort soll Bauerfeind Jugendtreffen organisiert haben. Vor etwa einem Jahr zog er ins Fränkische. Seine käufmännische Ausbildung in der Verwaltung der Stadt München hatte er zuvor abgeschlossen, war aber nicht übernommen worden. In der Öffentlichkeit betont der 22-Jährige, seine politischen Ansichten aufgrund zahlreicher Schulungen durch die NPD gefestigt zu haben. Bauerfeind fungierte im August als Anmelder eines Infostandes der Partei in Lohr. Anhänger der „White Rebell's Franken" wollten Werbung für den geplanten Rudolf Heß-Marsch in Wunsiedel machen. Bei der Ersatzveranstaltung in Nürnberg stellte die Lohrer Kameradschaft den Ordnertrupp.

Es gibt eine enge Vernetzung innerhalb der fränkischen Kameradschaftsszene. In Aschaffenburg betreibt der Anführer des „Widerstand Aschaffenburg", Oliver Merget, die Szenekneipe „Zum Wikinger". Die Gaststätte entwickelte sich in kürzester Zeit zum überregionalen Treffpunkt von Neonazis aus Südhessen und Nordbayern.

Zwischen Neonazis in Lohr und dem Betreiber des „Last Resort Store" in Mespelbrunn gibt es ebenso Kontakte wie zum rechtsextremen Internetversand „The Voice Records" von Marco Diener aus Erlenbach. Der tönt auf seiner Homepage mit martialischen Sprüchen wie „Fuck peace we're at war!" oder „genocide". Dieners Versand gehört zu den Unterstützern der schwer jugendgefährdenden Schulhof-CD „Anpassung ist Feigheit – Lieder aus dem Untergrund". Die Polizei beobachtete Diener und einen weiteren Neonazi im August dabei, wie sie in Lohr Exemplare des Tonträgers hinter die Scheibenwischer von geparkten Autos klemmten. Weitere Kartons mit CDs sollen auf der Rücksitzbank gelegen haben.

Der Szenetreffpunkt der Neonazis in Lohr, das so genannte „Schlosscafé" wurde inzwischen geschlossen. Insider berichten aber, dass die Partys und Treffen weiterhin über die ehemalige Wirtin des „Schlosscafés" laufen und in ländlicher Region in der Nähe von Neuhütten stattfinden.

In den nächsten Monaten werden sich weitere Anhänger der „White Rebell's" vor Gericht verantworten müssen. Aus Justizkreisen heißt es, es würden noch gut ein Dutzend Verfahren folgen. Ziel der Behörden und der Verantwortlichen der Stadt Lohr ist es, mit Repressionsmaßnahmen der Neonaziszene Einhalt zu gebieten. Offiziell heißt es sogar, die „White Rebell's" hätten sich aufgelöst, aber auch wenn die Neonazis zur Zeit in Lohr weniger aggressiv auftreten, sollen sie nur ihren Aktionsradius in Richtung Würzburg verlagert haben – und neue Gruppennamen machen die Runde. Sie nennen sich jetzt „Kameradschaft Karlstadt" oder „Kameradschaft Burgsinn".

Andrea Röpke/Skrolan Täschel

Sturmangriff

NPD-Ordner wegen Gewalttätigkeit verurteilt – gegen weitere Parteifunktionäre ist Anklage erhoben.

Mit ihrer Art, für Recht und Ordnung zu sorgen, ließ die NPD im Dezember 2004 bei einer eigenen Wahlkampfsaalveranstaltung im schleswigholsteinischen Steinburg ihr Biedermann-Image fallen, als Demonstranten vor dem Tagungslokal

auftauchten. Vereinzelte Steinwürfe aus der linken Szene beantwortete die NPD mit einem Sturmangriff, der erst mit Warnschüssen durch Zivilbeamte der Polizei gestoppt wurde. Ein Fernsehteam des Norddeutschen Rundfunks hielt die Gewalttätigkeiten der Nationaldemokraten in Bild und Ton fest – die Staatsanwaltschaft in Itzehoe wurde tätig.

„An allen Ecken und Enden geprügelt“

Ein erstes Strafverfahren zu den Vorfällen landete jetzt vor dem Amtsgericht. Angeklagt und schließlich am 22. November verurteilt: Peter von der Born aus Kiel. Er war in Steinburg neben dem aus Niedersachsen agierenden NPD-Altaktivisten Manfred Börm für den Ordnerdienst zuständig. Beide wollten sich vor den Parteikameraden wohl besonders „vorbildlich“ hervortun. Börm wurde zum Steineschmeißer, von der Born trat mit Mitstreitern auf einen Demonstranten ein. Auch wenn Letzterer vor Gericht alles abstritt, die Beweise übereinstimmender Zeugenaussagen waren erdrückend. Ein Polizeibeamter zur Gewaltorgie der NPD: „Die prügelten an allen Ecken und Enden.“ Auf Grund seiner einschlägigen Vorstrafen (mehrere begangene Körperverletzungen, Landfriedensbruch, Diebstahl, Beleidigung, Verwenden von verfassungswidrigen Kennzeichen) muss der Gerüstbauer jetzt für zehn Monate in Haft, zumal er noch unter Bewährung stand. Von der Born ist eine schillernde Figur in der Neonaziszene. Er begleitete in den vergangenen Jahren diverse NPD-Wahlkampfstände und Flugblattaktionen der Partei. Er kandidierte für den Landtag und wurde als Besucher des von Neonazis aufgebauten Kampfsportstudios Athletik Klub Ultra in Neumünster beobachtet.

Weitere „Steinburg“-Verfahren wegen eines Angriffs auf eine Gegendemonstrantin werden folgen. Die Staatsanwaltschaft hat bereits Anklage erhoben. Dabei unter anderem im Visier: Stefan Köster und Ingo Stawitz. Köster ist gerade frisch wiedergewählter NPD-Landesvorsitzender von Mecklenburg-Vorpommern und zudem Geschäftsführer des NPD-Kreisverbandes Ludwigslust. Er kandidierte zuletzt ebenso für den Bundestag wie Stawitz, der Landespressesprecher der NPD Schleswig-Holstein aus Uetersen.

Horst Freires

Maulkörbe

Streit bei niedersächsischer NPD und Neonazis.

Die NPD-Demonstration in Göttingen am 29. Oktober sorgt auch Wochen später noch für Turbulenzen im rechtsextremen Lager. Anlass ist ein Redeverbot, das die niedersächsische NPD gegen den parteilosen Neonazi Dieter Riefling erlassen hatte. „Freie Kräfte“ veröffentlichten daraufhin eine Erklärung, in der die Kooperation erst einmal aufgekündigt wird: „Wir stellen die Zusammenarbeit mit dem NPD-Landesverband bei Demonstrationen und Saalveranstaltungen mit sofortiger Wirkung solange ein, wie das vom Landesvorstand mit knapper einfacher Mehrheit verhängte Redeverbot gegen Kamerad Dieter Riefling Bestand hat.“ Brisant für den Landesverband: Die Erklärung wird auch von NPD-Gliederungen unterstützt. Wie aus einer Liste hervorgeht, die das Aktionsbüro Norddeutschland veröffentlichte, gehören inzwischen der JN-Landesverband, NPD und JN Schaumburg sowie NPD und JN Verden-Rotenburg zu den Unterzeichnern der Erklärung. Riefling das Rederecht bei NPD-Veranstaltungen abzusprechen, sei „unerhört und dient ihn keinster Weise dem Gedanken der Volksfront“, heißt es in der Erklärung. NPD-Landeschef Ulrich Eigenfeld, auf dessen Betreiben das Auftrittsverbot zurückzuführen sei, wird in dem Text als „Reaktionär“ bezeichnet. Implizit wird der NPD ein Wechsel an der Spitze nahe gelegt: Sie solle sich „genau überlegen, ob ein Landesvorsitzender Eigenfeld noch tragbar ist“.

Unterdessen wurde durch einen vom Aktionsbüro Westdeutschland verbreiteten Bericht bekannt, dass in Göttingen auch dem KDSler Axel Reitz das Wort verboten wurde. Manfred Börm, NPD-Landesvorstandsmitglied und beim Bundesvorstand zuständig für den „Ordnungsdienst“, soll demnach Reitz „in Eigenregie ein Redeverbot für sämtliche NPD-Versammlungen“ erteilt haben. Der AB-West-Bericht weiter: „Auf Nachfrage begründete er diesen Schritt damit, dass Kamerad Reitz Mitglied des KDS, einem ‘Schwulenverein’, ein Kamerad von Thomas Brehl, einem Schwulen, und Anhänger Michael Kühnens, ebenfalls eines Schwulen, sei und er dafür Sorge tragen würde dass solche ‘Perversen’ keine Plattform erhalten würden."

Tomas Sager

An Profil verloren

Die Jungen Nationaldemokraten wollen wieder für „Aktivismus und Kreativität" stehen.

Am letzten November-Wochenende fand im sächsischen Chemnitz der 35. Bundeskongress der Jungen Nationaldemokraten (JN; Bundesgeschäftsstelle in Dresden) statt. Alter und neuer JN-Bundesvorsitzender ist Stefan Rochow (Landesverband Sachsen). Rochow gehört der Burschenschaft Rugia zu Greifswald sowie dem Witikobund an und war von 1997 bis 2001 stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen (JLO). Am 16. November 2002 wurde Rochow auf dem JN-Bundeskongress im hessischen Kirchheim als Nachfolger von Sascha Roßmüller in das Amt des Bundesvorsitzenden gewählt. Die JN haben in den letzten Jahren sowohl ihr Profil als Jugendorganisation der NPD als auch ihr Profil gegenüber den freien Kameradschaften verloren. Ihr Einfluss und ihre Bedeutung in der rechtsextremen Szene tendieren gegen Null. Ziel des Kongresses war es deshalb vorrangig „Aufbruch zu vermitteln" und die „teilweise festgefahrene Organisation JN wieder zu mehr Aktivismus und Kreativität" zu begeistern.

Als Gastredner waren der ehemalige JN-Bundesvorsitzende und heutige NPD-Bundesvize Holger Apfel, NPD-Fraktionschef im sächsischen Landtag, das ehemalige JN-Bundesvorstandsmitglied Bernd Dröse, heute DVU-Bundespressesprecher und der einstige Rechtsterrorist und stellvertretende JN-Bundesvorsitzende Peter Naumann, heute Mitarbeiter des sächsischen NPD-Landtagsabgeordneten Klaus Menzel, vor Ort. Während Apfel die Delegierten aufrief, „wieder mehr jugendlich-revolutionären Geist in die Partei" zu tragen, forderte Naumann die Delegierten zu „mehr Kampfgeist im ideologischen Krieg gegen dieses System" auf.

Rochows Stellvertreter sind Alexander Neidlein, baden-württembergischer JN-Landesvorsitzender sowie NPD-Landesvize, und Philipp Valenta (JN Landesverband Sachsen-Anhalt). Beide hatten schon mit der Justiz zu tun. Neidlein, der im sächsischen Riesa wohnt und arbeitet, hat eine bewegte Vergangenheit aufzuweisen. So lieferten sich am 14. März 1994 drei Deutsche in der Nähe von Pretoria ein Feuergefecht mit der südafrikanischen Polizei. Der Anführer der Gruppe wurde kurz darauf mit Neidlein auf einer nahe gelegenen Farm verhaftet. Den Kontakt zu der rechtsextremen Gruppe hatte Neidlein 1993 bei seinem Söldnerdienst in Bosnien geknüpft. Neidlein erhielt in Südafrika wegen illegalen Waffenbesitzes drei Jahre auf Bewährung und wurde nach Deutschland abgeschoben. Ende 1994 wurde Neidlein in Lübeck zu einer Jugendstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten verurteilt. Zusammen mit zwei weiteren Gesinnungskameraden hatte er im Dezember 1993 ein Postamt in Lübeck überfallen. Mit der Beute von 8 500 DM finanzierte das Trio die Reise nach Südafrika. Valenta, der sowohl die deutsche als auch die tschechische Staatsangehörigkeit besitzt, wurde 2002 vom Amtsgericht Trier wegen Körperverletzung zu einer Geldstrafe verurteilt. Der zuvor wegen unerlaubten Tragens einer Waffe zu einem Arbeitseinsatz verurteilte Rechtsextremist hatte bei einer „NPD-Party" („Saarbrücker Zeitung") einen Gesinnungskameraden geschlagen und getreten. Dieser soll zuvor Valenta provoziert haben. Im Jahr 2002 trat Valenta als rheinland-pfälzischer JN-Landesvorsitzendenr zurück. Der Verfassungsschutz konstatierte, dass die Aktivitäten der rheinland-pfälzischen JN unter der Führung von Valenta „fast zum Erliegen" gekommen wären.

Als Beisitzer im JN-Bundesvorstand fungieren-Michael Schäfer (Landesverband Sachsen-Anhalt), Tobias Uebele (Baden-Württenberg), Thomas Wienroth (Thüringen), Mathias Rochow (JSachsen), Mike Nwaiser (Bayern) und Markus Loszczynski (Berlin) an.

Die Jungen Nationaldemokraten verabschiedeten in Chemnitz einen Leitantrag zur Ausländerpolitik „Für die Vielfalt der Völker – gegen Überfremdung und Rassenkrieg". Angeprangert wird dabei das „international orientierte Finanzkapital, welches heute eine amerikanische Globaldiktatur errichtet hat." Die Jungen Nationdemokraten fordern „die konsequente Rückführung der Ausländer in ihre Heimat" und die „sofortige Ausgliederung der in Deutschland lebenden und beschäftigten Ausländer aus dem deutschen Sozial- und Rentenversicherungssystem". Ersatzlos gestrichen werden soll das einklagbare Recht auf Asyl und Nicht-Deutschen will die NPD-Jugend den Erwerb von Eigentum an Grund und Boden in Deutschland verbieten.

Anton Maegerle

Strategische Trittbrettfahrer

Rechtsextremisten nutzen die soziale Frage als Agitationsfeld. Durch das Thematisieren von politischen Gegenwartsproblemen soll verstärkt in die Öffentlichkeit hinein gewirkt werden.

„Sauerei Hartz IV. Wehrt Euch! ... Die Quittung für die Bonzen“ heißt es auf einem DVU-Wahlplakat“. „Das Boot geht unter! Wohlstand, soziale Sicherheit“ lautet der Aufdruck zur Werbung für die Republikaner. „Kampf dem Kapital! Für Volksgemeinschaft und Nation“ steht auf einem Demonstrationstransparent der NPD. „Arbeit für Millionen statt Profite für Millionäre“ wird auf einem Plakat des neonazistischen „Nationalen Widerstandes“ gefordert. Und: „Die Macht des Kapitals ist der Feind der freien Welt“ singt die rechtsextreme Rockband „Faustrecht“. Die ausgewählten Zitate stehen exemplarisch für eine thematische Schwerpunktverlagerung nahezu aller Bereiche des Rechtsextremismus, die jetzt auf den Unmut gegen Globalisierung und Kapitalismus, Sozial- und Wirtschaftspolitik setzen. Auch für die Wahlentscheidungen spielte dieses Motiv eine herausragende Rolle: Bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen 2004 votierte laut den Ergebnissen der Wahlforschung die Mehrheit der Wähler der rechtsextremen Parteien für diese wegen Ablehnung insbesondere von „Hartz IV“ und der Sozialpolitik.

Bei der Hinwendung zur sozialen Frage als thematisches Agitationsfeld handelt es sich allerdings um keine neue Entwicklung in der Geschichte des deutschen Rechtsextremismus: Ideenhistorisch betrachtet ließ sich etwa schon im Wilhelminischen Kaiserreich eine Verkopplung von Judenhass und Sozialprotest bei den zeitweilig elektoral erfolgreichen Antisemitenparteien ausmachen; in der Weimarer Republik versuchte nicht nur die NSDAP völkischen Nationalismus und sozialistische Volksgemeinschaftsideologie in der Agitation zu verschmelzen. Auch in der Geschichte des bundesdeutschen Rechtsextremismus lässt sich immer wieder die inhaltliche Verknüpfung von Nationalismus und Sozialprotest ausmachen, wodurch auch teilweise die Zustimmung aus dem alten Mittelstand für die NPD in der zweiten Hälfte der 60er Jahre erklärt werden kann. Insofern handelt es sich gegenwärtig nicht um eine Entdeckung, sondern Wiederentdeckung der sozialen Frage als Agitationsthema. Nach der historischen Erfahrung ist dies sogar eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für rechtsextreme Propaganda- und Wahlerfolge.

Verknüpfung von Nationalismus und Sozialprotest

Rein formal und oberflächlich betrachtet weisen die Auffassungen von Rechtsextremisten zu sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen Gemeinsamkeiten mit den Positionen der politischen Linken auf: Ablehnung und Kritik von „Globalisierung“ und „Sozialstaatsdemontage“, „Kapitalismus“ und „Neoliberalismus“, „Agenda 2010“ und „Hartz IV“. Trotz mitunter ähnlicher oder gleichlautender Parolen basieren die Auffassungen von Rechtsextremisten aber auf einer anderen ideologischen Grundlage, die in der Fixierung auf den ethnisch und politisch homogenen Nationalstaat zu sehen ist. Dies veranschaulichen die Feindbilder: Sie bestehen neben der politischen Elite, der US-Administration und den „multinationalen Konzernen“ vor allem in „ausländischen Arbeitsplatzdieben und Sozialschmarotzern“, aber auch (mitunter verdeckt genannt) in „jüdischen Bankiers“. Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus und Volksgemeinschaftsideologie stehen hinter solchen Einstellungen. Der rechtsextreme Diskurs zum Thema beabsichtigt denn auch eine Nationalisierung der sozialen Frage.

„Raumorientierte Volkswirtschaft“ statt Kapitalismus

Bei der Kapitalismuskritik geht es den Rechtsextemisten nicht um die Abschaffung des damit gemeinten Wirtschaftssystems: Kapitalismus steht in deren Agitation mehr für eine Geisteshaltung im Sinne einer „Geldherrschaft“ über das Denken und Fühlen der Menschen. Selbst die in dieser Frage besonders rigorose Positionen vertretenden Teile des Rechtsextremismus wie die NPD sowie die Neonazis setzen auf ein „freies und sozialverpflichtetes Unternehmertum“ beziehungsweise auf eine „geregelte Marktwirtschaft“. Als Gegenmodell zum Kapitalismus beschwört man eine „raumorientierte Volkswirtschaft“ im Geiste der „Volksgemeinschaft aller Deutschen“. Was darunter genau zu verstehen ist, bleibt allerdings

aufgrund von nur allgemeinen Aussagen über die Orientierung am „heimischen Lebensraum“ der Menschen ebenso diffus wie die Forderungen zur konkreten Gestaltung einer neuen Wirtschaftspolitik im Interesse der „Volksgemeinschaft“.

Um die Nationalisierung der sozialen Frage propagandistisch voranzutreiben, setzten insbesondere NPD und Neonazis nicht nur auf Plakataktionen und Publikationen, sondern beteiligten sich auch an Aufmärschen und Demonstrationen. Nicht mehr mit dem Aufgreifen einer „Nostalgie-Diskussion“ zum historischen Nationalsozialismus, sondern durch das Thematisieren von politischen Problemen der Gegenwart wollte man verstärkt in die Öffentlichkeit hineinwirken. So erklären sich auch die Demonstrationsbeteiligungen bei den Protesten gegen „Hartz IV“ im Jahr 2004, wobei sich drei Varianten unterscheiden lassen: Erstens führte man selbst eine Reihe von Kundgebungen offen als NPD oder Neonazis erkennbar durch, zweitens organisierten Rechtsextremisten „Montagsdemonstrationen“ ohne Benennung ihrer politischen Zugehörigkeiten, und drittens beteiligte man sich an von anderen politischen Kräften initiierten Demonstrationen. Mit derartigen Aktivitäten wollten Rechtsextremisten das Thema „Hartz IV“ im Diskurs besetzen, neue Anhänger gewinnen und sich als „Speerspitze“ der Proteste darstellen.

Insbesondere in den östlichen Bundesländern gelang es NPD und Neonazis in einigen Fällen, sich zeitweise mit ihren Transparenten an die Spitze von Demonstrationszügen zu setzen. Bei anderen Gelegenheiten beteiligten sich Rechtsextremisten erkannt oder unerkannt ohne weitere Beeinträchtigung an entsprechenden Kundgebungen. Bei politisch eher unerfahrenen Organisatoren und Teilnehmern mangelte es mitunter an Wissen über die politische Zuordnung und den angemessenen Umgang mit derartigen Personen. Wo Rechtsextremisten allerdings klar identifiziert werden konnten, versuchten andere Demonstrationsteilnehmer, sie aus den Demonstrationszügen abzudrängen und damit aus den Protesten auszugrenzen.

Während Rechtsextremisten auf dieser Ebene kaum Erfolge erlangen konnten, stellte sich dies bei den Wahlkandidaturen zu den Landtagswahlen im Sommer und Herbst 2004 anders dar: Im Saarland, in Brandenburg und in Sachsen gelangen DVU und NPD mit 4,0, 6,1 und 9,2 Prozent der Stimmen beachtliche Erfolge. Die vorherigen Wahlkämpfe der Parteien setzten thematisch auf das Thema „Hartz IV“ und Sozialreformen, wofür einschlägige Parolen auf Plakaten wie „Quittung für Hartz IV: Jetzt NPD“ oder „Sauerei Hartz IV: Wehrt Euch! Diesmal DVU“ exemplarisch standen. Betrachtet man darauf bezogen die Ergebnisse der Forschung zur Motivation der Wähler rechtsextremer Parteien, so zeigt sich die herausragende Bedeutung des genannten Themenfeldes für die Entscheidung zugunsten von DVU und NPD. Durch die Agitation im Vorfeld gelang es beiden Parteien, sich jeweils mit dem Unmut über „Hartz IV“ in Verbindung zu bringen. Da die etablierten Wahlparteien mit Ausnahme der PDS die damit verbundene Politik mittrugen, konnten DVU und NPD in diesem Kontext ein Themen-Vakuum füllen.

Aufgrund der organisatorischen Schwäche und den mangelnden Alternativen vermögen es die Rechtsextremisten gegenwärtig von sich aus nicht, über das Thema Sozial- und Wirtschaftspolitik breitere öffentliche Zustimmung zu erlangen. Ein Anwachsen dieses politischen Lagers muss allerdings nicht nur von internen Gesichtspunkten abhängig sein, tragen doch möglicherweise auch externe Faktoren zu einer solchen Aufwärtsentwicklung weitaus stärker bei. Angesprochen werden soll hier die soziale Situation, die durch die Krise des Sozialstaates und Umbrüche in der Wirtschaft auch in den nächsten Jahren eine Verschlechterung erfahren dürfte. Insbesondere die unteren sozialen Schichten würden davon stärker betroffen sein. Laut den Ergebnissen der Wahlforschung handelte sich aber gerade bei den Arbeitslosen und Arbeitern um die Gruppe, die am stärksten zu einer Entscheidung zugunsten der rechtsextremen Parteien neigt. Lässt sich die angesprochene Entwicklung bei Arbeitsmarkt- und Sozialreformen nicht stärker sozial abfedern, dürfte die Bereitschaft zur Annahme rechtsextremer Deutungsmuster und Wahl solcher Parteien steigen.

Armin Pfahl-Traugbher

(Der Text basiert auf einem Vortrag des Autors bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin am 9.12.2005.)

22. Jahrgang | 25/26 | 12. Dezember 2005

Ausland

Alltäglicher Straßenterror

In Russland eskalieren die rechtsextremen Gewalttaten – immer wieder werden Menschen ermordet oder brutal zusammengeschlagen.

Die Mörder kamen in den Abendstunden. Mitten im Zentrum von St. Petersburg, in der Nähe des Newa Prospekts, wurde am 13. November dieses Jahres gegen 18.30 Uhr der 20-jährige Punkmusiker und Philosophiestudent Timur Katscharawa von Neonazis mit Messern angegriffen. Durch seine schwere Halsverletzung und starken Blutverluste starb Katscharawa noch am Tatort. Sein Freund Maxim Zgibai wurde bei dem Überfall schwer verletzt und liegt noch im Krankenhaus. Die beiden Antifaschisten hatten mit anderen zuvor an einer wöchentlich stattfindenden „Food-Not-Bombs"-Aktion im Stadtzentrum teilgenommen. Dort wurden sie von rund zehn jugendlichen Neonazis angepöbelt, verfolgt und dann mit Messern angegriffen.

Die Bluttat hat in Russland für großes Aufsehen gesorgt. In den Medien wurde erstmals über den zunehmenden rechten Terror ausführlich berichtet. Auch im Ausland wurde die Gewalttat mit Besorgnis registriert. Schließlich war Timur Katscharawa auch schon in mehreren Ländern auf Tournee, unter anderen in Skandinavien und im letzten Jahr auch in Deutschland.

Dabei sind die rechten Übergriffe in Russland keine Seltenheit. Betroffen sind neben Linken und Juden vor allem ausländische Studenten. Erst vor wenigen Wochen, am 9. Oktober abends, wurde der 18-jährige peruanische Medizinstudent Urtado Enrique Angeles in der zentralrussischen Stadt Woronesch mit drei weiteren Kommilitonen von Neonazis angegriffen. Angeles erlag den tödlichen Messerstichen, seine Kommilionen überlebten mit schweren Verletzungen. Enrique Angeles hatte vor, Russland wegen der ständigen rechtsextremen Angriffe wieder zu verfassen. Die peruanische Botschaft warnt ihre Bürger mittlerweile vor einem Studium in Woronesch. Die Stadt hat in den letzten Jahren den zweifelhaften Ruf erworben, eine der russischen Hochburgen der Neonazis zu sein. In der zentralrussischen Industriestadt wurden in den letzten Jahren sieben Gaststudenten von Rechtsextremisten ermordet.

Auch St. Petersburg zählt zu den rechten Hochburgen. Am 15. September dieses Jahres wurde bei einem Überfall ein Student aus dem Kongo ermordet, am 13. Oktober 2004 ein vietnamesischer Student und am 19. Juni 2004 ein Menschenrechtsaktivist erschossen. Am 9. Februar wurde eine Gruppe von Kasachinnen mit ihren Kindern angegriffen, ein neunjähriges Mädchen starb. Immer wieder kommt zu rechtsextremen Übergriffen. Nach Angaben von Sicherheitsexperten rechnen sich in St. Petersburg rund 15 000 Personen der Skinheadszene zu. Im März 2005 wurde ein chinesischer Student auf dem Newski Prospekt zusammengeschlagen und schwer verletzt.

Neben dem Straßenterror gibt es Anzeichen, dass sich die Rechtsextremisten auch zu Terrorgruppen zusammenschließen. Die russischen Sicherheitsbehörden haben im Juli zwei Mitglieder einer Neonazi-Organisation verhaftet, die Mitte Juni einen Terroranschlag auf den Schlafwagenzug Grosny-Moskau verübt haben sollen. Die Polizei hatte nach Medienberichten in den Wohnungen der Aktivisten der „Russischen Nationalen Einheit" Sprengstoffreste und Naziliteratur gefunden.

Auch auf der politischen Arena machen sich die Rechtextremisten in Russland verstärkt bemerkbar. In Moskau wurde am 4. November das erste Mal der Tag der nationalen Einheit „begangen". Die radikale Rechte nutzte den neu eingeführten Tag für einen Aufmarsch. Etwa 3 000 Rechtsextremisten demonstrierten unter der Losung „Russland den Russen". Daran haben sich Organisationen wie der Eurasische Jugendverband, die Bewegung gegen illegale Immigration, der Slawische Verband und die nationalpatriotische Front „Pamjat" beteiligt. Demokratische Kräfte sehen eine große Gefahr, dass das Gedenkgut der Rechtsextremisten in Russland auch in breiteren Bevölkerungskreisen auf Zustimmung stößt. Losungen wie „Russland den Russen" unterstützen Umfragen zufolge bereits über 53 Prozent der Befragten. Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit, so der Direktor des Zentrums für ethnologische Studien Emil Pain, würden vor allem bei den unter 30-Jährigen zunehmend populär, die sich von den politischen Entwicklungen in Russland enttäuscht zeigten.

Peter Nowak

Demokratische Initiativen

Elf Lebensstationen

Die Irrfahrten des Schriftstellers Edgar Hilsenrath.

Eigentlich wollte Edgar Hilsenrath, der 1926 als Sohn eines jüdischen Kaufmanns in Leipzig geboren wurde und nach abenteuerlichen Zwischenstationen seit 1951 als Emigrant in New York lebte, im Jahre 1975 „einfach der Sprache wegen" endgültig nach Deutschland zurück und sich in München niederlassen. Ein BBC-Redakteur riet ab: „Gehen Sie nach Berlin, nicht in so eine Schickeria-Stadt." Und so geschah es. Deshalb ist es auch nur folgerichtig, dass es die Berliner Akademie der Künste war, die fast dreißig Jahre später das literarische Archiv des Autors als „Vorlass" übernahm und aufbereitete.

Ungefähr 50 000 Blatt umfasst die Sammlung, die sich auf die Auseinandersetzung mit dem Holocaust konzentriert, ein Thema, das auch die Archive von Jurek Becker, Imre Kértesz, Peter Weiss und George Tabori prägt, die ebenfalls zum Bestand der Akademie gehören. Die Überlieferung der Werkmanuskripte ist erstaunlich dicht; es existieren zahlreiche handschriftliche Manuskripte, die ersten aus dem Ghetto Moghilev-Podolsk, zwischen Djestr und Bug. Dorthin wurden Edgaar Hilsenrath und seine Familie im Oktober 1941 aus der Bukowina von den rumänischen Faschisten deportiert. Weitere Manuskripte entstanden in Palästina ab 1945 und in Frankreich ab 1947. Auch in New York, wird die Arbeit an dem „Ghettoroman" kontinuierlich vorangetrieben.

Mit einer Wanderausstellung zu Leben und Werk bedankt sich die Akademie für diese großzügige Schenkung. Helmut Braun, der dem Autor als Verleger erst eigentlich zum Durchbruch verhalf, hat etwa 220 Exponate ausgewählt, Manuskripte, Briefe, Fotos und Rezensionen, darunter viele unveröffentlichte Materialien: autobiographische Aufzeichnungen, zahlreiche Familienfotos und eine frühe Fassung von Hilsenraths bekanntem Werk „Der Nazi & der Friseur" in Briefform. Die Ausstellung gliedert sich in elf Kapitel, die elf Lebensstationen entsprechen. Sie ist bis zum 15. Januar 2006 in Berlin im neuen Akademiegebäude am Pariser Platz zu sehen – nur eine Tür weiter, so Archivdirektor Wolfgang Trautwein, zeigte Albert Speer Hitler seine Modelle für die judenfreie „Welthauptstadt Germania" – und wird anschließend etwa sechs Jahre lang durch 30 Städte wandern, die schon jetzt Interesse gezeigt haben.

Der Begleitband zur Ausstellung umfasst einen ausführlichen und mit zahlreichen Fotos versehenen biographischen Teil, einige bisher unveröffentlichte Texte sowie eine Bibliographie zur Primär- und Sekundärliteratur. Weitere Beiträge beschäftigen sich aus literaturwissenschaftlicher Perspektive mit Hilsenraths wichtigsten Werken, den Romanen „Nacht" (1964), „Der Nazi & der Friseur" (1977) sowie „Das Märchen vom letzten Gedanken" (1989), ein historischer Roman um den Völkermord an den Armeniern im Jahre 1915. Mehrfach ist in dem Band auch von der Ablehnung die Rede, auf die Hilsenrath, der mit zwei Romanen in Millionenauflage erst in den USA, in England, Frankreich, Belgien und Italien erschien, zunächst bei den deutschen Verlagen stieß. Er wurde verantwortlich gemacht für das konservative geistig-kulturelle Umfeld, das einen „Philosemitismus als Reflex des schlechten Gewissens" (S.49) hervorgebracht habe.

Das ist sicherlich richtig, wenngleich auch nicht in der Unbedingtheit und Ausschließlichkeit, mit der es hier bisweilen behauptet wird. Selbst der Schriftsteller Heinrich Böll, der den Roman „Der Nazi & der Friseur" 1977 in der „ZEIT" rezensierte, tat sich damals schwer. Er nannte ihn „obszön ... und grotesk ...brutal, 'übertrieben'" und sah „umgekippte Märchenfiguren, bis zum Äußersten unhold, in äußerst unholden Verhältnissen – eine durchaus treffende Formulierung, gemünzt auf einen Autor, der ja nicht dokumentarische, sondern literarische Bücher schreibt und das Groteske als Darstellungsmittel für das eigentlich Unbeschreibbare verwendet.

Theo Meier-Ewert

Verliebt in die deutsche Sprache, Die Odyssee des Edgar Hilsenrath, hrsg. Von Helmut Braun im Auftrag der Akademie der Künste, Berlin: Dittrich Verlag 2005, 233 Seiten, 19,80 Euro.

Erfolgreiche Aussteigerhilfe

Die Initiative „Exit" hat fünfjähriges Jubiliäum – aber zu wenig Geld.

Wenn durch den Ausstieg eines einzigen gewalttätigen Neonazis aus der rechtsextremen Szene Übergriffe auf Menschen verhindert werden können, bedeutet das einen großen Erfolg. Einen Erfolg, den sich Staat und Gesellschaft etwas kosten lassen sollten. Die Initiative „Exit" hat in den fünf Jahren ihres Bestehens 225 Menschen bei ihrem Ausstieg aus der rechtsextremen Szene geholfen. Doch die finanzielle Situation dieses beim Zentrum Demokratische Kultur angesiedelten Projektes ist prekär.

Frau N. (Name geändert) ist Mitte dreißig und hatte in den letzten zwanzig Jahren etliche gehobene Funktionen in verschiedenen neonazistischen Organisationen. Anfang 2005 entschloss sie sich zum Ausstieg aus der Szene, nachdem sie sich innerlich bereits seit längerer Zeit von rechtsextremem Gedankengut distanziert hatte.

Sie und zwei weitere Aussteiger zeigten Mut und standen bei einer Veranstaltung zum fünften Exit-Jubiläum öffentlich Rede und Antwort zu ihren Erfahrungen mit dem Ausstieg. Da Frau N. mit einem Neonazi verheiratet ist und Kinder hat, ist ihre Lösung aus dem rechten Spektrum besonders schwierig. Ihr sei es zugute gekommen, erklärte sie bei der Veranstaltung, dass sie durch ihre Arbeit Kontakte zur nicht-rechtsextremen Außenwelt hatte. Ihre Motivation zum Ausstieg wuchs, nachdem sie mitbekommen hatte, dass ihr Mann zunehmend an kriminellen Aktionen mitwirkte.

Beim Verfassungsschutz, an den sich Frau N. zunächst gewandt hatte, fand sie nicht die erhoffte Unterstützung, ebenso wenig beim Justizministerium ihres Heimatbundeslandes. Schließlich nahm sie Anfang dieses Jahres Kontakt zu Exit auf, wo sie sich gut begleitet fühlt.

Eine anders gelagerte Geschichte erzählte bei der Veranstaltung Herr T. (Name geändert), ein 29-jähriger Berliner, der neun Jahre lang zur gewaltbereiten rechtsextremen Skinhead-Szene gehörte. Sein langer Weg zum Ausstieg begann, nachdem er wegen gewalttätiger Übergriffe zu einer Haftstrafe von siebeneinhalb Jahren verurteilt worden war. Im Gefängnis, fernab der Szene, malte er sich aus, dass ihm in absehbarer Zeit das Urteil „lebenslang mit Sicherungsverwahrung" bevorstünde, wenn er weitermachen würde wie gewohnt. Zudem lernte er in Haft Ausländer kennen – und änderte im direkten Umgang seine Einstellung zum vormaligen „Feindbild". Heute sei er, so T., mit einigen der ehemaligen ausländischen Mitgefangenen befreundet. Dank Exit konnte er schon während der Haft seinen Ausstiegswillen festigen. Heute macht sich T. vor allem Sorgen, dass seine Familie oder Freunde Opfer von Racheakten seiner früheren Skinhead-Gruppe werden könnten. Eine Sorge, die er mit Herrn S. (Name geändert) teilt, einem jungen Mann aus Sachsen, der sich ehemals vor allem politisch-agitatorisch in der rechten Szene engagierte. Auch er fand während eines Gefängnisaufenthaltes zu Exit. Heute betätigt er sich selbst aktiv als Ratgeber für andere Ausstiegswillige.

Wie lange Exit jedoch die Arbeit in der bisherigen Form fortsetzen kann, bleibt ungewiss. Schon jetzt muss die Einrichtung mit nur dreieinhalb Kräften auskommen – und die Finanzierung der meisten Stellen ist nach dem Ende des Civitas-Programms der Bundesregierung 2006 nicht gesichert. Exit-Mitinitiator Bernd Wagner stellte bei der Veranstaltung klar, dass eine zivilgesellschaftliche Organisation nicht staatliches Handeln ersetzen könne. Und auch „stern"-Chefredakteur Andreas Petzold, der im Jahr 2000 mit der Aktion „Mut gegen rechte Gewalt" Öffentlichkeit und große Spendensummen für dieses und andere Projekte mobilisiert hatte, verwies auf die gesamtgesellschaftliche Verantwortung. „Im Moment ist das Thema Rechtsextremismus unterhalb der öffentlichen Wahrnehmungsschwelle", sagte er. Dabei belegten alle Zahlen über Gewalttaten, dass es keinen Grund zur Entwarnung gebe. Anetta Kahane von der Amadeu Antonio Stiftung, ebenfalls Mitinitiatorin von Exit, warnte vor der „allmählichen Gewöhnung" an Rechtsextremismus in all' seinen Schattierungen.

Gudrun Giese

www.exit-deutschland.de; www.amadeu-antonio-stiftung.de. Wer Exit-Deutschland unterstützen möchte: Amadeu Antonio Stiftung: „Exit-Deutschland", Deutsche Bank Bensheim, BLZ: 509 700 04, Konto: 030331300.

Blick in die Zeitgeschichte

Die Zuchtanstalt der Nazis

Vor 70 Jahren wurde im Rasse- und Siedlungshauptamt der SS „Lebensborn" gegründet. Das Programm sollte dem Deutschen Reich Nachwuchs bescheren, um die Welt zu beherrschen.

Es gibt nicht viele Einrichtungen der Nazis, die so Geheimnis umwittert sind wie die Organisation, die der Reichsführer-SS, Heinrich Himmler, vor 70 Jahren persönlich gegründet hat: Den „Lebensborn e.V.". Noch heute wird hier und da hinter vorgehaltener Hand geflüstert, der Nachbar oder die Nachbarin stammten aus einem Nazibordell, sei ein „Lebensborn-Kind". In jene Heime habe man „damals" typisch arisch aussehende Männer und Frauen gebracht, damit sie miteinander Kinder zeugten. Also eine Art von Zuchtanstalt für „nordische Kinder". Es war freilich Himmler selbst, der dieser Gerüchteküche immer wieder neue Nahrung bot. In den wenigen Reden, deren Texte erhalten sind, sprach er immer wieder von „Züchtungszielen" und der „Züchtung der arischen Rasse". In drei Reden hat er alle ihm persönlich unterstellten Männer „der gesamten SS und Polizei" direkt ermuntert und aufgefordert, auch außerehelich Kinder zu zeugen. Himmler formulierte das so: „Über die Grenzen vielleicht sonst notwendiger bürgerlicher Gesetze und Gewohnheiten hinaus wird es auch außerhalb der Ehe für deutsche Frauen und Mädel guten Blutes eine hohe Aufgabe sein können, ... Mütter der Kinder ins Feld ziehender Soldaten zu werden, von denen das Schicksal allein weiß, ob sie heimkehren oder für Deutschland fallen."

Ob es solche Fälle gegeben hat, lässt sich heute nicht mehr feststellen. Die wenigen erhaltenen Dokumente liefern dafür jedenfalls keine Beweise. Fest steht indes, dass der „Lebensborn e.V." am 12. Dezember 1935 im Rasse- und Siedlungshauptamt der SS in Berlin gegründet worden ist – und zwar von zwölf hohen SS-Führern in Abwesenheit ihres Chefs Himmler. Juristische Feinheiten und Formalitäten interessierten ihn nicht. Himmler wollte als Ergebnis des „Lebensborn", dass in Deutschland mehr Kinder geboren werden. In der Satzung des vor 70 Jahren gegründeten Vereins heißt es unter anderem: „Der Lebensborn e.V. hat folgende Aufgaben ...: Rassisch und erbbiologisch wertvolle werdende Mütter unterzubringen und zu betreuen, bei denen nach sorgfältiger Prüfung der eigenen Familie und der Familie des Erzeugers ... anzunehmen ist, dass gleich wertvolle Kinder zur Welt kommen, für diese Kinder zu sorgen, für die Mütter der Kinder zu sorgen."

Angebote an Frauen „guten Blutes" auch außerhalb der Ehe

Himmler kündigte öffentlich an, die Reichsregierung werde die Geburt jedes rassisch guten Kindes unterstützen. Dazu gehörte das Gesetz des Reichsjustizministeriums vom Mai 1937, das jeder Mutter das Recht auf die Anrede „Frau" gab. Das galt auch für unverheiratete Mütter, die sich durch die Anrede „Fräulein" oft verunsichert fühlten. Im Oktober desselben Jahres folgte ein Gesetz, nach dem uneheliche Geburten außerhalb des Wohnsitzes der Mutter nicht mehr der Heimatbehörde gemeldet werden mussten. Seinem Leibarzt Felix Kersten gegenüber äußerte Himmler, er sei davon überzeugt, dass es wie bei der Haltung von Tieren auch bei Menschen Zuchtmöglichkeiten gebe. Da Hitlers Politik das Ziel habe, dem deutsche Volk im Osten „Lebensraum" zu sichern, müsse etwas gegen die niedrigen Geburtenraten getan werden. Am 18. Februar 1937 sagte Himmler in seiner Rede vor SS-Gruppenführern: „Das Volk, das sehr viele Kinder hat, hat die Anwartschaft auf die Weltherrschaft und Weltbeherrschung." Dagegen: „Ein gutrassiges Volk, das sehr wenige Kinder hat, besitzt den sicheren Schein für das Grab, für die Bedeutungslosigkeit in 50 oder 100 Jahren, für das Begräbnis in 200 und 500 Jahren." Besonders ausführlich beschäftigte sich Himmler in dieser Rede mit der Homosexualität und machte vor den hohen SS-Führern folgende Rechnung auf: „Wir haben in Deutschland nach den neuesten Volkszählungen wohl 67 bis 68 Millionen Menschen, das bedeutet an Männern ... rund 34 Millionen. Dann sind an geschlechtsfähigen Männern (also an Männern über 16 Jahren) ungefähr 20 Millionen vorhanden. ... Wenn ich ein bis zwei Millionen Homosexuelle annehme, so ergibt das, dass ungefähr 7 bis 8 bis 10 Prozent der Männer in Deutschland homosexuell sind. Das bedeutet,

wenn das so bleibt, das unser Volk an dieser Seuche kaputt geht. Ein Volk wird es auf die Dauer nicht aushalten, dass sein Geschlechtshaushalt und Gleichgewicht derart gestört ist."

Das erste „Lebensborn"-Heim – es bekam den Namen „Hochland" – wurde am 15. August 1936 in Steinhöring bei Ebersberg in Oberbayern eröffnet. Es handelte sich um ein ehemaliges Kinderheim der Caritas, das „Lebensborn" dem bayerischen Staat für stolze 55 000 RM abgekauft hat. Die Umbauarbeiten verschlangen fast das Zehnfache, nämlich 540 000 RM. Dem stand ein auf den ersten Blick eher bescheidenes Angebot an Betten für Mütter und Kinder gegenüber: 30 für Mütter, 55 für Kinder. 1937 folgten im Juni das Heim „Harz" bei Wernigerode und im September das Heim „Kurmark" in Klosterheide nicht weit von Berlin. „Harz" begann eher bescheiden. Nach der Erweiterung verfügte es vom 1. Januar 1940 an über 41 Betten für Mütter und 48 für Kinder. In „Kurmark" blieb es bei der Anfangskapazität von 23 Mütter- und 86 Kinderbetten.

Kinder geraubt und „eingedeutscht"

Mit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs änderte sich vieles bei „Lebensborn". Dafür gab es mehrere Gründe. Die Versorgung wurde schwieriger, sodass Himmler oft persönlich eingreifen musste, um den Heimen die notwendigen Lebensmittel, Heizmaterial und medizinisches Material zu beschaffen. Weil gerade die SS an die Front geschickt wurde, konnten junge SS-Männer oft nicht mehr für Nachwuchs sorgen. Himmler empfahl für solche Fälle Schwangerschaften ohne Trauschein. Das Kriterium für die Aufnahme in „Lebensborn-Heime wurde gelockert – nach dem Grundsatz, besser Kinder mit rassischen „Fehlern" als gar keine Kinder. Die Sache mit dem unbedingt „guten Blut" spielte auch nicht mehr die entscheidende Rolle. Schließlich standen jetzt Staaten unter deutscher Kontrolle, deren Kinder als neue Reserve für „Lebensborn" genutzt werden konnten. Das galt für die skandinavischen Länder Norwegen und Dänemark, aber auch für die Niederlande, Belgien, Luxemburg, Frankreich und eingeschränkt sogar für Polen.

Während in den westeuropäischen Ländern, besonders in Norwegen und Dänemark, Tausende von Frauen mit Soldaten der deutschen Wehrmacht Beziehungen eingingen, deren Kindern die „Lebensborn"-Heime offen standen, wurde der Verein in Polen kriminell. Dort wurden „eindeutschungsfähige" Kinder den Eltern einfach geraubt und im „Reich" unter anderem von „Lebensborn" aufgenommen. Der Kattowitzer Rechtsanwalt Roman Hrabar war Leiter der polnischen Delegation, die nach der Befreiung versucht hat, diese geraubten Kinder später in der BRD und in der DDR zu finden und ihren leiblichen Eltern zurückzugeben, wenn diese überhaupt noch lebten. Von den schätzungsweise 250 000 geraubten Mädchen und Jungen konnten gerade mal 25 000 eindeutig gefunden werden.

Zieht man eine Bilanz, so muss zuerst festgestellt werden, dass Himmler mit „Lebensborn" schlicht gescheitert ist. Seine Erwartungen, durch die Heime die Zahl der Abtreibungen drastisch zu senken und die Zeugungsbereitschaft besonders seiner SS-Männer überdurchschnittlich zu steigern, erwiesen sich schlicht als völliger Reinfall. Trotz der Angebote an Frauen „guten Blutes", ihre Kinder in einem Heim zu bekommen, stieg die Zahl der Entbindungen nie wesentlich an.

Insgesamt dürften in den „Lebensborn"-Heimen im Deutschen Reich höchstens 5 000 Kinder unehelich geboren worden sein. Nur sie dürfen in der Statistik zählen, nicht aber die ehelich Geborenen. Sie machen 50 bis 60 Prozent aller Geburten aus, hat Georg Lilienthal, der Verfasser der bisher einzigen zuverlässigen Geschichte von „Lebensborn" (2003 im Fischer Taschenbuch Verlag erschienen) recherchiert. Dem steht unter anderem Himmlers Erwartung gegenüber, durch „Lebensborn" jährlich 100 000 Abtreibungen verhindern zu können. Von einem bordellartigen Unternehmen kann bei „Lebensborn" ebenso wenig die Rede sein wie von einer Zuchtanstalt für Kinder „guten Blutes". Es war der sterile, unerotische Versuch, mehr Nachwuchs für das deutsche Reich zu bekommen, um die Welt zu beherrschen. Dem Ziel sind Himmler und seine Leute keinen Schritt näher gekommen. Es ist an der Zeit, alles Geheimnisvolle, Undurchsichtige zu beseitigen, das „Lebensborn" bis heute umgibt.

Heiner Lichtenstein

(Nach „TRIBÜNE – Zeitschrift zum Verständnis des Judentums", Heft 175, Dezember 2005.)

Meldungen

Frau an der Spitze

Hamburg – Mit der 33-jährigen Anja Zysk wird erstmalig ein Landesverband der NPD von einer Frau angeführt. Die Delegierten der rechtsextremen Partei in Hamburg wählten auf ihrem Landesparteitag am 27. November Anja Zysk mit 83 Prozent der Stimmen zur Vorsitzenden. Der langjährige Hamburger Landeschef Ulrich Harder war mit 76 Jahren nicht wieder zur Wahl angetreten. Bereits vor der Bundestagswahl zeichnete sich eine deutliche Verjüngung in der Partei ab. Die BWL-Studentin Zysk war als Kandidatin für den Wahlkreis in Hamburg-Altona angetreten. Obwohl sie erst Anfang 2004 aus Nordrhein-Westfalen in die Hansestadt zog, nahm sie bereits an zahlreichen Aufmärschen norddeutscher Neonazis wie in Braunschweig und Wandsbek teil. So soll sie auch bei einer Info-Veranstaltung des Freien Nationalisten Alexander Hohensee im Frühjahr anwesend gewesen sein, an der auch Autonome Nationalisten der aufgelösten „Kameradschaft Terboven“ aus Essen teilnahmen. Zysk, die sich für die Abschaffung des Asylrechtes und eine „sofortige Ausländerrückführung“ einsetzt, schwärmt für Werte wie „Heimatliebe, Patriotismus und Brauchtum“ und wird von Szenekennern als Anhängerin des national-revolutionären Flügels der NPD beschrieben. (ar)

CD-Verkauf über eBay

USA (Bakersfield/Kalifornien} – Die US-amerikanische Neonazi-Teenieband „Prussian Blue“ nutzt offenbar derzeit die Auktionsplattform eBay, um ihre CDs weltweit an Neonazis weiterzuverkaufen. So wurden und werden unter dem Mitgliedsnamen !whiterider! bisher zahlreiche CDs von „Prussian Blue“ zum szenetypischen Festpreis von 14,88 Dollar angeboten und verkauft – ein Preis, der identisch ist mit dem Originalpreis der CD beim Neonazi-Label „Resistance Records“. Laut eBay-Angaben stammt „Whiterider“ aus Bakersfield in Kalifornien – genauso wie die singenden Neonazi-Schwestern. Ein Schelm, wer sich darauf einen Reim macht... (rk)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt MdB

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de